

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die Europäische Union unter schwedischem Vorsitz

Am 1. Juli 2009 hat Schweden die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union (EU) von Tschechien für das zweite Halbjahr 2009 übernommen. Das Ende Juni 2009 im schwedischen Parlament vorgestellte Arbeitsprogramm trägt den Titel „Die Herausforderungen annehmen“. Die wichtigsten Herausforderungen sieht Schweden in der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Verminderung von Arbeitslosigkeit und dem Kampf gegen den Klimawandel. Diesen Herausforderungen entsprechen die Prioritäten für Arbeit, Wachstum und Wettbewerb sowie Klima, Umwelt und Energie. Hinzu kommen Arbeitsschwerpunkte für ein sicheres und offeneres Europa, die Annahme der Ostseestrategie, die Erweiterung der EU, die Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie die Stärkung der Rolle der EU als globaler Akteur. Zudem hebt Schweden die Herausforderungen der institutionellen Veränderungen der EU mit dem neugewählten Europäischen Parlament (EP), dem Ende der Amtsperiode der gegenwärtigen Europäischen Kommission am 31. Oktober 2009 sowie der Ungewissheit über das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hervor.

Die erste Priorität für **Arbeit, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit** knüpft an einen Schwerpunkt an, den Schweden sich bereits in seiner ersten Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 gesetzt hatte. So will Schweden die Grundlage für die Fortsetzung der im März 2000 begründeten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung schaffen, mit der die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Raum der Welt werden wollte und die unter spanischem Vorsitz im ersten Halbjahr 2010 verabschiedet werden soll. Es sollen Investitionen in Humankapital und Forschung angeregt, das Umfeld für Unternehmen verbessert sowie Arbeitslosigkeit vermindert werden. Darüber hinaus drängt der schwedische Vorsitz auf ein **EU-Überwachungssystem für das Finanzwesen**. Dieses soll neben der Überwachung des Finanzsystems auch der Verbesserung der Zusammenarbeit nationaler Institutionen zur Finanzaufsicht dienen. Im Herbst 2009 wird die Kommission Vorschläge für die vom Europäischen Rat im Juni 2009 empfohlene dreigliedrige Finanzaufsicht vorstellen. Zugleich will Schweden eine Diskussion über die **öffentliche Fiskalpolitik** anstoßen und die im Rahmen der EU bereits beschlossenen Instrumente gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise einer Überprüfung unterziehen. Dabei hebt der schwedische Vorsitz die Notwen-

digkeit disziplinierter Haushaltsführung hervor. Zudem wirbt Schweden für eine **öko-effiziente Wirtschaft**, die die ökonomischen Vorteile nachhaltiger Entwicklung nutzt.

Hieran schließt die zweite Priorität für **Klima, Umwelt und Energie** an. Schweden dringt darauf, eine gemeinsame Verhandlungsstrategie der EU für das Nachfolgewerk zum Kyoto-Protokoll auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen im Dezember 2009 in Kopenhagen zu entwickeln. Das Kyoto-Protokoll enthält eine Übereinkunft zu verbindlichen Handlungszielen und Umsetzungsinstrumenten für den globalen Klimaschutz. Diese sollen um Reduktionsverpflichtungen für Treibhausgas in der 2013 beginnenden zweiten Verpflichtungsperiode ergänzt werden, um die Erderwärmung zu begrenzen. Innerhalb der EU sind u.a. Fragen zu dem Handel mit Zertifikaten und zu Finanzierungshilfen für Entwicklungsländer noch offen. Nach Meinung der schwedischen Ratspräsidentschaft können ökonomische Instrumente von steuerlichen Anreizen für erneuerbare Energien bis zu einer CO₂-Abgabe als Vorbilder für Klimaschutz dienen. Im Sinne der Nachhaltigkeit zieht Schweden Energieeffizienz der Energiegewinnung vor.

Nr. 10/09 (6. Juli 2009)

Unter dem Stichwort **sichereres und offeneres Europa** will die Ratspräsidentschaft den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts durch die Annahme des **Stockholmer Programms** weiterentwickeln, welches das 2009 auslaufende Haager Programm fortführen soll. Das Stockholmer Programm ist von der Kommission am 10. Juni 2009 vorgestellt worden und soll die Herausforderungen von Kriminalität, (legaler und illegaler) Migration sowie Terrorismus durch eine verbesserte Polizei- und Justizzusammenarbeit bewältigen. Die Ratspräsidentschaft will den Schutz der Opfer von Straftaten verstärken. Zugleich setzt sie sich für eine Strategie zum verbesserten Informationsaustausch ein. Schweden wird auf die Freischaltung des Portals „e-Justiz“ Ende 2009 hinwirken, das den Bürgern Informationen zu Strafverfahren und Rechtsmitteln bei grenzüberschreitenden Rechtsstreitigkeiten in den Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen soll.

Des Weiteren beabsichtigt die schwedische Ratspräsidentschaft die Annahme der **Ostsee-strategie** durch den Europäischen Rat im Herbst 2009. Die Kommission hat am 10. Juni 2009 dazu einen Vorschlag vorgelegt, der die Verbesserung des Umweltstandards und die Erhöhung des Wohlstandes der Region als Ziele beinhaltet. Diese sollen durch die Stärkung des internen Marktes, Investitionen in die Infrastruktur sowie einer Strategie für Forschung, Entwicklung und Innovation erreicht werden. Seit der Erweiterungsrunde 2004 sind alle Anrainerstaaten der Ostsee bis auf Russland Mitglieder der EU: Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden. In die Projekte, die sich aus der Ostseestrategie ergeben, sollen Russland, Norwegen und Belarus, je nach politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, eingebunden werden. Zu den Großprojekten in Deutschland zählen der Ausbau der Schienenstrecke Rostock-Berlin und das „Maritime Cluster Schleswig-Holstein“. Durch die Ostseestrategie sollen weder neue Budgets noch Institutionen geschaffen, sondern die bestehenden Mittel gebündelt und zielgerechter eingesetzt werden.

Der schwedische Vorsitz setzt sich für einen kontinuierlichen Fortschritt der **Beitrittsverhand-**

lungen mit Kroatien und der Türkei ein. Die Verhandlungen mit Kroatien könnten nach Meinung der schwedischen Ratspräsidentschaft Ende 2009 in die finale Phase treten. Allerdings hängt dies von der Lösung des Grenzstreites mit Slowenien über eine Grenzziehung im Golf von Piran ab. Zugleich will Schweden auf Fortschritte im Annäherungsprozess der Westbalkanstaaten, die eine Beitrittsperspektive zu der EU haben, hinwirken. Die Reformprozesse in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sollen weiter begleitend durch die EU unterstützt werden.

Schweden will die Weiterentwicklung der **ENP** vorantreiben und legt seinen Fokus auf die **Östliche Partnerschaft**, die es u.a. durch Visaerleichterungen intensivieren will. Die Östliche Partnerschaft ist auf schwedisch-polnische Initiative hin im Mai 2009 begründet worden und hat zum Ziel, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und die Ukraine durch politische und wirtschaftliche Kooperation zu stabilisieren und zu demokratisieren. Zudem will Schweden die Rolle der **EU als globaler Akteur** stärken, indem u.a. das Personalkontingent von EU-Auslandsmissionen, wie die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX im Kosovo und die Polizeimission EUPOL in Afghanistan, vollständig besetzt wird. Darüber hinaus sind EU-Gipfeltreffen mit der Ukraine, Russland, den Vereinigten Staaten von Amerika, Brasilien, China, Indien und Südafrika geplant.

Im Rahmen der institutionellen Herausforderungen will Schweden den Prozess zum Inkrafttreten des **Vertrages von Lissabon** unterstützend begleiten. Dazu muss jedoch in Deutschland ein gemäß den Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 überarbeitetes Gesetz über die parlamentarischen Mitwirkungsrechte in Kraft treten. Dies ist noch in dieser 16. Legislaturperiode geplant. Zudem muss sich das irische Volk in einem zweiten Referendum am 2. Oktober 2009 mehrheitlich für den Vertrag aussprechen. Weiterhin bedarf es der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden durch den polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński und den tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus.

Quellen:

- Seite der schwedischen Ratspräsidentschaft: www.se2009.eu (Stand: 06. Juli 2009)
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger, KOM(2009)262/4
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum, KOM(2009)248/3
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum - Aktionsplan, SEC(2009)712
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Östliche Partnerschaft, 03. Dezember 2008, KOM(2008)823 endg.

Verfasserinnen: MRn Margot Heimbach, gepr. RKn Aleksandra Rhomberg, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-Mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de